

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Rat - öffentlich

Sitzungstermin: Dienstag, 03.07.2012

Raum: Genossenschaftsakademie Weser-Ems, Oldenburger Straße 118,
26180 Rastede

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 17:46 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ratsvorsitzender

Herr Walter Steinhausen CDU

ordentliche Mitglieder

Herr Bürgermeister Dieter von Essen CDU

Herr 1. stv. BM Torsten Wilters CDU

Herr Erich Bischoff CDU

Herr Thorsten Bohmann CDU

Herr Alexander Essen, von CDU

Herr Oliver Finkeisen CDU

Herr Timo Kirchhoff CDU

Herr Kai Küpperbusch CDU

Frau Susanne Lamers CDU

Herr Thorsten Menke CDU

Frau Gerta Pfeifer CDU

Herr Hans-Dieter Röben CDU

Herr Wolfgang Salhofen CDU

Herr Reiner Wessels CDU

Herr 2. stv. BM Klaus Hillen FFR

Herr Rainer Zörgiebel FFR

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr Detlef Bredow SPD

Herr Dieter Güttler SPD

Frau Sabine Koopmann SPD

Herr Rüdiger Kramer SPD

Herr Lars Krause SPD

Herr Rainer Meyer SPD

Frau Monika Sager-Gertje SPD

Herr Horst Segebade SPD

Herr Werner Skirde SPD

Herr Levent Süre SPD

Frau Sabine Eyting B90/Grüne

Herr Michael Köver B90/Grüne

Herr Gerd Langhorst B90/Grüne

Frau Inge Langhorst	B90/Grüne
Frau Gudrun Oltmanns	B90/Grüne

Ehrenbürgermeister

Herr Dieter Decker	CDU
--------------------	-----

Ehrenratsmitglieder

Herr Hans-Gerold Finkeisen	CDU
Herr Gerd Meister	SPD

Verwaltung

Herr Günther Henkel	
Herr Ralf Kobbe	Protokoll
Frau Hanna Binnewies	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Stefan Tölen	Technik

Gäste

Herr Uwe Harms von der Rasteder Rundschau
Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung Rastede
sowie 7 weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr Dieter Ahlers	CDU
Herr Wilhelm Janßen	SPD

Ehrenratsmitglieder

Frau Marianne von Essenn	CDU
Herr Hans-Hermann Schlange	SPD

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 28.02.2012
- 4 Berufung stimmberechtigter Mitglieder in den Schulausschuss
Vorlage: 2012/107
- 5 Sozialstation - Verschmelzung der Einrichtungen
Vorlage: 2012/090A
- 6 Sozialstation Ammerland-Wesermarsch gGmbH - Vertreter in der Gesellschafterversammlung
Vorlage: 2012/118
- 7 Sozialstation Ammerland-Wesermarsch gGmbH - Vertreter im Aufsichtsrat
Vorlage: 2012/119
- 8 Abschnittsbildungsbeschluss für den Ausbau Buschweg
Vorlage: 2012/053
- 9 Haushalt 2011 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben unter 5.000 Euro (Jahresrechnung)
Vorlage: 2012/124
- 10 Haushalt 2011 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben über 5.000 Euro (Jahresrechnung)
Vorlage: 2012/125
- 11 PC-Ausstattung der Ratsmitglieder
Vorlage: 2012/003
- 12 Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 2012/123
- 13 Bericht des Bürgermeisters
- 14 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ratsvorsitzende Herr Steinhausen eröffnet die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 17:00 Uhr.

Anmerkung: Nach der Eröffnung der Sitzung bittet der Ratsvorsitzende Steinhausen den Rat, sich zu Ehren des am 2. Juni 2012 verstorbenen ehemaligen Ratsmitglieds Doris Kley zu erheben.

Die Verstorbene war von November 1996 bis Oktober 2006 Mitglied des Rates der Gemeinde Rastede. In dieser langen Phase der kommunalpolitischen Tätigkeit hat sie die Interessen der Gemeinde Rastede im Kultur- und Sportausschuss, im Jugend- und Sozialausschuss sowie im Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen wirkungsvoll vertreten. Durch ihre Persönlichkeit und ihr ehrenamtliches Engagement hat sie sich die Achtung und Anerkennung in weiten Kreisen der Bevölkerung erworben. Frau Doris Kley hat sich um die Entwicklung der Gemeinde Rastede verdient gemacht. Wir werden ihr ein ehrendes Gedenken bewahren.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Sitzungsverlauf:

Der Ratsvorsitzende Herr Steinhausen stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 33 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Rat beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 28.02.2012

Der Rat beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 28.02.2012 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Berufung stimmberechtigter Mitglieder in den Schulausschuss
Vorlage: 2012/107

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Der Schülerverepreter der Kooperativen Gesamtschule Rastede, Herr Jan Oskar Lübs, wohnhaft Auf dem Esch 8 in Rastede, wird als stimmberechtigtes Mitglied in den Schulausschuss berufen.

Frau Sophia Weber, wohnhaft Hahnenfußweg 3 in Wiefelstede, wird als stellvertretende Schülerverepreterin in den Schulausschuss berufen,

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 5

Sozialstation - Verschmelzung der Einrichtungen
Vorlage: 2012/090A

Sitzungsverlauf:

Herr Steinhausen nimmt an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Bürgermeister von Essen erläutert eingangs, dass mit der vorliegenden Beschlussvorlage nun ein organisatorischer Schlusspunkt um die Entwicklung der Sozialstation Rastede gesetzt wird. Er erinnert daran, dass bereits 1999 die Sozialstation aus einer seinerzeitigen informellen Arbeitsgemeinschaft zwischen den Gemeinden Rastede und Wiefelstede ausgegliedert und in eine gGmbH umgewandelt wurde. Bereits zum damaligen Zeitpunkt war treibende Kraft der Entwicklung vor allem die Gesamtsituation im Gesundheitswesen, die von Kosteneinsparungen, Verdichtung und zunehmende Aufgabenänderungen geprägt war. Nachdem die Geschäftsführung über viele Jahre hinweg zunächst ehrenamtlich tätig gewesen ist, mussten Rat und Verwaltung erkennen, dass die Anforderungen an das Management der Sozialstation nicht mehr auf dieser Basis durchgeführt werden konnten. Im Jahr 2008 wurde deshalb eine Vereinbarung mit der Sozialstation Nordenham geschlossen. Diese Sozialstation stand ebenfalls in dem Dilemma, Kosten sparen zu müssen. Gleichzeitig wollten sich beide Sozialstationen die Dienste des sehr guten Geschäftsführers sichern. Für beide Sozialstationen galt und gilt, dass nur ein gutes und gleichzeitig effektives Management die Position in einem sehr stark umkämpften Markt nachhaltig sichern kann. Die Entscheidung der vorläufigen Zusammenarbeit war aber bereits in den ersten Zügen auch von dem Gedanken geprägt, in nicht allzu ferner Zukunft beide Sozialstationen zu verschmelzen, um technische Ausrüstung, Synergie-Effekte im Rechnungswesen und letztlich auch eine breite Kundenzufriedenheit erreichen zu können. In den letzten vier Jahren hat sich gezeigt, dass dieser Anspruch nicht nur gerechtfertigt war, sondern auch realisiert werden konnte. Kundenreaktionen, die zunehmende Anzahl an Patienten, der stetig wachsende Aufgabenkreis und die Akzeptanz in der Bevölkerung sind ein deutlicher Beleg für die gute Arbeit, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialstation in den vergangenen Jahren geleistet haben. Wie sehr man allenthalben von der Notwendigkeit und der Sinnhaftigkeit dieses Schrittes überzeugt ist, lässt sich auch daran ablesen, dass mit Ausnahme der Gemeinde Rastede bisher alle Gemeinden und die Stadt Nordenham einstimmig diesem Verfahren zugestimmt haben.

Frau Lamers signalisiert für die CDU-Fraktion Zustimmung zum Beschlussvorschlag und betont, dass durch die Fusion der Sozialstationen Nordenham-Butjadingen-Stadtland mit der Sozialstation Rastede die neue Sozialstation Ammerland-Wesermarsch gGmbH in der Lage versetzt wird, Synergieeffekte sinnvoll zu nutzen. Sie führt ferner aus, dass der demografische Wandel auch vor Rastede nicht halt machen wird, sodass die geplante Fusion ein wichtiges Instrument sein wird, Anpassungsstrategien zu entwickeln, negative Effekte auszugleichen und kooperativ neue Wege zu gehen. Sie begrüßt zudem, dass Beschlüsse nur mit einer Dreiviertel-Mehrheit gefasst werden können, sodass dadurch sichergestellt werden kann, dass Entscheidungen nur gemeinsam mit den Gesellschaftern Rastede und Nordenham durchgesetzt werden können. Ein weiterer sehr wichtiger Punkt für die CDU-Fraktion ist, dass sich für das Personal keine grundsätzlichen Veränderungen ergeben, da alle Arbeitsverhältnisse mit allen Rechten und Pflichten auf die neue Gesellschaft übergehen. Abschließend weist sie darauf hin, dass es für die Daseinsvorsorge wichtig ist, dass eine Kommune ihren immer älter wer-

denden Bürgerinnen und Bürgern ein vielfältiges Leistungsspektrum anbieten kann. Dabei ist es von großer Bedeutung, für die Zukunft konkrete Überlegungen anzustellen und weitere Strategien zu entwickeln, um den betroffenen Personenkreis möglichst viele sinnvolle Angebote vermitteln zu können.

Herr Kramer erinnert eingangs ebenfalls noch einmal an die Gründe für die 2008 eingegangene sinnvolle und notwendige Kooperation der beiden Sozialstationen und bemerkt, dass es der SPD-Fraktion damals schon klar war, dass es zu einer Verschmelzung kommen könne. Heute zeigt sich, dass sich die Zusammenarbeit hervorragend gestaltet und das wirtschaftliche Ergebnis auf einem guten Weg ist. Außerdem wird aus Sicht der SPD-Fraktion die Verschmelzung zu einer Sozialstation noch weitere Vorteile bringen, wobei vor allem die Synergieeffekte in der Verwaltung aber auch in der Pflege nicht zu unterschätzen sind. Dessen ungeachtet bringt ein Zusammenschluss auch mehr Sicherheit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die schließlich das Rückrad der Sozialstation bilden. In diesem Zusammenhang spricht er sich noch einmal dafür aus, dass die Sozialstation Ammerland-Wesermarsch gGmbH im Pflegebereich ausbildet, denn es kann aus seiner Sicht nicht sein, dass überall über Fachkräftemangel im Pflegebereich geklagt wird und kaum einer etwas dagegen tut. Abschließend dankt er dem ehemaligen ehrenamtlichen Geschäftsführer Uwe Tensfeldt für die geleistete Arbeit und dem Ersten Gemeinderat Günther Henkel für das umfassende Berichtswesen, welches dafür gesorgt hat, dass die Ratsgremien jederzeit vollumfänglich über den jeweils aktuellen Sachstand informiert waren.

Herr Köver begrüßt ebenfalls die anstehende Fusion, macht jedoch darauf aufmerksam, dass neben der Verbesserung der Ertragslage und der Optimierung der Betriebsabläufe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch innovative Leistungsangebote sowie passgenaue Pflegekonzepte über die bereits angekündigten Angebote der Tagespflege und der teilstationären Betreuung hinaus zu bezahlbaren Preisen erwartet. Er macht zudem ebenso wie seine Vorredner deutlich, dass ein attraktives Pflegeangebot zur Aufwertung der Infrastruktur in Rastede beiträgt, so dass der bereits eingeschlagene Weg auch fortgesetzt werden muss. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die eine hochwertige Leistung erbringen, von der Fusion profitieren müssen. Dies sollte einerseits über weitergehende Qualifizierungs- und Ausbildungsangebote erfolgen, andererseits aber auch in einer entsprechenden monetären Anerkennung münden. Gleichzeitig ist es aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erstrebenswert, die Arbeitnehmervertretung zu stärken und die Bildung eines Gesamtbetriebsrates auf dem Weg zu bringen. Im Übrigen begrüßt er, dass mit dem vorliegenden Gesellschaftervertrag, der Minderheitenschutz gestärkt wird, da in der neuen gGmbH Gesellschafterbeschlüsse nur mit Dreiviertel-Mehrheiten gefasst werden können. Abschließend erwähnt er, dass der neue Name Sozialstation Ammerland-Wesermarsch gGmbH zwar die landkreisübergreifende Zusammenarbeit richtig ausdrückt, damit jedoch keinesfalls Expansionsgelüste verbunden sein sollten.

Beschluss:

- 1.) Die Verschmelzung der Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH mit der Sozialstation Rastede gGmbH mit Wirkung zum 1.1.2012 wird auf der Grundlage des Gesellschaftsvertragsentwurfes entsprechend Anlage 1 zu dieser Vorlage beschlossen.
- 2.) Der Gesellschaftsvertrag der Sozialstation Ammerland-Wesermarsch gGmbH wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 6

Sozialstation Ammerland-Wesermarsch gGmbH - Vertreter in der Gesellschafterversammlung

Vorlage: 2012/118

Sitzungsverlauf:

Bürgermeister von Essen berichtet, dass in einer Vorbesprechung fraktionsübergreifend Übereinstimmung dahingehend bestand, Herrn Henkel als Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Sozialstation Ammerland-Wesermarsch zu entsenden und als seinen Vertreter den Bürgermeister zu bestimmen.

Herr Steinhausen weist darauf hin, dass nach § 67 der NKomVG bei nur einem Wahlvorschlag, sofern niemand widerspricht, durch Zuruf gewählt werden kann.

Seitens der Ratsmitglieder wird keine geheime Wahl gewünscht, sodass Herr Steinhausen über den Wahlvorschlag, Herrn Henkel in die Gesellschafterversammlung zu entsenden, durch Zuruf wählen lässt.

Herr Steinhausen stellt nach Auszählung der Stimmen folgendes Wahlergebnis fest:

- Abgegebene Stimmen: 33
- Gültige Stimmen: 33
- Stimmen für Erster Gemeinderat Günther Henkel: 33

Herr Steinhausen stellt fest, dass Herr Erster Gemeinderat Günther Henkel als Vertreter in die Gesellschafterversammlung der Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH entsandt wird.

Herr Erster Gemeinderat Henkel erklärt, dass er die Wahl annehmen wird.

Herr Steinhausen leitet anschließend den Wahlgang für den Vertreter von Herrn Henkel ein. Er weist auch hier darauf hin, dass nach § 67 der NKomVG bei nur einem Wahlvorschlag, sofern niemand widerspricht, durch Zuruf gewählt werden kann.

Seitens der Ratsmitglieder wird keine geheime Wahl gewünscht, sodass Herr Steinhausen über den Wahlvorschlag, Bürgermeister von Essen als Vertreter von Herrn Henkel zu bestimmen, durch Zuruf wählen lässt.

Herr Steinhausen stellt nach Auszählung der Stimmen folgendes Wahlergebnis fest:

- Abgegebene Stimmen: 33
- Gültige Stimmen: 33
- Stimmen für Bürgermeister Dieter von Essen: 33

Herr Steinhausen stellt fest, dass Bürgermeister Dieter von Essen als Vertreter von Herrn Henkel gewählt worden ist.

Bürgermeister von Essen erklärt, dass er die Wahl annimmt.

Tagesordnungspunkt 7

**Sozialstation Ammerland-Wesermarsch gGmbH - Vertreter im Aufsichtsrat
Vorlage: 2012/119**

Sitzungsverlauf:

Bürgermeister von Essen erläutert, dass im Rahmen einer Vorbesprechung fraktionsübergreifend der Vorschlag unterbreitet wurde, Herrn Henkel in den Aufsichtsrat zu entsenden.

Beschluss:

Herr Erster Gemeinderat Günther Henkel wird als Mitglied in den Aufsichtsrat der Sozialstation Ammerland-Wesermarsch gGmbH entsandt.

Vertreter der Gemeinde Rastede im Aufsichtsrat der Sozialstation Ammerland-Wesermarsch gGmbH ist weiterhin Bürgermeister Dieter von Essen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 8

**Abschnittsbildungsbeschluss für den Ausbau Buschweg
Vorlage: 2012/053**

Sitzungsverlauf:

Frau Lamers erläutert, dass die Abschnittsbildung ein faires und gerechtes Verfahren ist, um die Beiträge für den Ausbau objektiv nachvollziehbar für die Anwohner zu ermitteln, die zu diesem Ausbaubereich gehören.

Herr Krause begrüßt ebenfalls die Abschnittsbildung und den vorgesehenen Ausbau des Buschweges, weist allerdings ergänzend darauf hin, dass der Ausbau auf einem Antrag der SPD-Fraktion zurückgeht und zudem auch die übrigen Teilstücke Schritt für Schritt erneuert werden sollten.

Beschluss:

Im Rahmen der Straßenausbaumaßnahme „Buschweg“ wird beitragsrechtlich ein selbstständig abrechenbarer Abschnitt zwischen dem Einmündungsbereich Buschweg / Morissestraße und der Eisenbahnquerung Oldenburg-Wilhelmshaven (Anlage 1) gebildet.

Ein Ausbau über den ausgebauten Abschnitt hinaus im Bereich des Buschweges (Eisenbahnquerung Oldenburg-Wilhelmshaven bis Einmündungsbereich Feldbreite sowie Einmündungsbereich Morissestraße bis Einmündungsbereich Voßbarg) ist nach Durchführung weiterer Untersuchungen und damit Konkretisierung der Baumaßnahmen zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 9

Haushalt 2011 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben unter 5.000 Euro (Jahresrechnung)

Vorlage: 2012/124

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Ergebnis- und Finanzhaushalt in Höhe von jeweils unter 5.000 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 10

Haushalt 2011 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben über 5.000 Euro (Jahresrechnung)

Vorlage: 2012/125

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Ergebnis- und Finanzhaushalt, sowie Übertragungen aus dem Ergebnishaushalt in den Finanzhaushalt in Höhe von jeweils ab 5.000 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 11

PC-Ausstattung der Ratsmitglieder
Vorlage: 2012/003

Sitzungsverlauf:

Bürgermeister von Essen legt dar, dass in einem Vorgespräch parteiübergreifend der Vorschlag erarbeitet wurde, den Beschlussvorschlag um den Passus „Dem Gemeinderat der Wahlperiode 2016 – 2021 wird empfohlen, in seiner konstituierenden Sitzung über eine neue Zuschussregelung zu beraten“ zu erweitern.

Frau Eyting bemerkt, dass der Einsatz portabler Geräte durchgängig gewährleistet sein sollte, um ressourcenschonend papierlos arbeiten zu können. Sie gibt zu verstehen, dass vor dem Hintergrund der technischen Weiterentwicklung von ursprünglich recht teuren ISDN-Verbindungen zu mittlerweile günstigen DSL-Flatrates der Wegfall der monatlichen Pauschale durchaus akzeptabel ist, jedoch ein angemessener einmaliger Zuschuss in Höhe von ca. 300 Euro für Ratsmitglieder weiter gegeben werden sollte, da keinesfalls alle Haushalte über geeignete portable Computersysteme verfügen. Aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wäre es zielführend, den Ratsmitgliedern künftig grundsätzlich die Möglichkeit zu eröffnen, ein portables Gerät nutzen zu können, damit unnötige Ausdrücke vermieden werden. Sie weist außerdem darauf hin, dass durch den Einsatz des Ratsinformationssystems die Gemeinde Rastede finanziell und personell erheblich entlastet wird und sich die Verwaltung jetzt nicht ganz aus der finanziellen Verantwortung ziehen darf, da es beispielsweise in jedem Unternehmen gängige Praxis ist, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vernünftiges Arbeitsmaterial zur Verfügung zu stellen.

Herr Langhorst legt dar, dass aus seiner Sicht der von Bürgermeister von Essen formulierte parteiübergreifende Vorschlag in der Form nicht ganz richtig sei. Er führt hierzu ergänzend aus, dass die künftigen Ratsmitglieder im Vorfeld ihrer Kandidatur Planungssicherheit hinsichtlich der PC-Ausstattung haben sollten, sodass noch in dieser Wahlperiode darüber entschieden werden müsste, ob und inwieweit künftig ein Zuschuss gezahlt wird. Vor diesem Hintergrund stellt er folgenden Änderungsantrag:

- Die „Zuschuss- und Entschädigungsrichtlinie für die Ratsmitglieder aufgrund der Nutzung des Ratsinformationssystems“ wird zum 31.10.2016 aufgehoben.
- Der Gemeinderat der Wahlperiode 2011 – 2016 entscheidet zum Ende der aktuellen Wahlperiode über eine neue Zuschussregelung für die Wahlperiode 2016 – 2021.

Frau Lamers und Herr Kramer geben zu verstehen, dass im parteiübergreifenden Vorgespräch exakt der Beschlussvorschlag erarbeitet wurde, der soeben vom Bürgermeister von Essen vorgetragen wurde. Beide erläutern, dass heute nicht vorhersehbar ist, wie sich der PC-Markt bis 2016 entwickelt, jedoch zu erahnen ist, dass sich die rasante Entwicklung in der Computerbranche weiter fortsetzt. Sie sprechen sich dafür aus, nicht über die Köpfe der künftigen Ratsmitglieder hinweg zu entscheiden, sondern dem neuen Gemeinderat die Entscheidung zu überlassen, wie sie sich technisch ausstattet und welche Zuschüsse dafür gegebenenfalls erforderlich sind.

Sodann lässt der Ratsvorsitzende Herr Steinhausen über den weitergehenden Antrag von Herrn Langhorst abstimmen:

Bei 5 Ja-Stimmen und 28 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Die „Zuschuss- und Entschädigungsrichtlinie für die Ratsmitglieder aufgrund der Nutzung des Ratsinformationssystems“ wird zum 31.10.2016 aufgehoben.

Dem Gemeinderat der Wahlperiode 2016 – 2021 wird empfohlen, in seiner konstituierenden Sitzung über eine neue Zuschussregelung zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	5
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 12

**Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 2012/123**

Sitzungsverlauf:

Bürgermeister von Essen erläutert ergänzend zur Beschlussvorlage noch einmal umfänglich den Sachverhalt (Anlage 1 der Niederschrift) und macht insbesondere darauf aufmerksam, dass die vorgesehene Änderung ausschließlich der aktuellen Rechtsprechung geschuldet ist. Dies bedeutet in der Konsequenz, dass die Bebauungspläne und die Änderung der Flächennutzungspläne, die in der Vergangenheit bereits ausgelegt haben, nochmals ausgelegt werden müssen.

Frau Lamers und Herr Kramer weisen übereinstimmend darauf hin, dass es für Rat und Verwaltung oberste Priorität haben muss, rechtlich auf der sicheren Seite zu sein, um somit Form- und Verfahrensfehler von vornherein ausschließen zu können.

Beschluss:

Die der Vorlage 2012/123 als Anlage 2 beigelegte 1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 06.12.2011 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 13

Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister von Essen berichtet in einem ausführlichen Vortrag über derzeit laufende beziehungsweise abgeschlossene Straßenbaumaßnahmen im Gemeindegebiet sowie über den geplanten Sandabbau im Bereich der künftigen A20. Der Bericht ist als Anlage 2 der Niederschrift beigefügt.

Tagesordnungspunkt 14

Schließung der Sitzung

Der Ratsvorsitzende Herr Steinhausen schließt die öffentliche Sitzung des Rates um 17:46 Uhr.